



Wie lange schieben wir die rote Linie noch vor uns her?



© DPoIG (2)

> Dominik Tombers

Wie lange müssen wir noch die rote Linie vor uns herschieben, bis sie endlich überschritten wird?

Alle aktiven Kolleginnen und Kollegen haben in den jeweiligen Bundesländern und gegenüber dem Bund einen Eid abgelegt. Sie wollen alle in den Ländern und im Bund geltenden Gesetze wahren und schützen. Dafür einstehen! Wenn es sein muss in brisanten und in gefährlichen Lagen auch mit ihrem Leben. Doch in den letzten Tagen und Wochen fragt man sich, wo bleibt die Rückendeckung derer, gegenüber denen man diesen oben angesprochenen Eid geleistet hat?

Ich selber bin Polizist bei der Bundespolizei. Und das jetzt schon seit 2006 (die 2,5 Jahre Ausbildungszeit mitgerechnet). Das sind immerhin schon 14 Jahre, aber im ganzen Bundesgebiet und in den Bundesländern gibt es Kolleginnen und Kollegen, die weit mehr als 30 bis 40 Jahre ihren Dienst geleistet haben und es immer mehr bemerken: Eine Uniform zu tragen, wird immer mehr zur Belastung oder führt in der Gesellschaft zu Missachtung.

Natürlich nicht in der ganzen Gesellschaft, denn ich möchte nicht alle Mitbürgerinnen und Mitbürger „über einen Kamm scheren“, denn nach einer letzten Umfrage sollen ja über 70 Prozent ein positives Bild von der Polizei in Deutschland haben. Aber dies sind augenscheinlich mehr die „älteren Semester“, die sich noch an den guten alten „Schutzmann“ erinnern können. Wo er auftauchte, da wurden ihm Respekt und Anerkennung entgegengebracht, da wurden die Dinge schon mal auf dem „kleinen Dienstweg“ geregelt, weil man ja seine Pappenheimer kannte.

Aber wo bleibt dieser Respekt der jungen Generation gegenüber der Polizei? Jüngstes Beispiel dieser Respektlosigkeit zeigte sich in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni 2020, wo sich aus einer „normalen“ Kontrolle anlässlich eines Betäubungsmitteldeliktes, eine Solidarisierung von circa 500(!) Personen gegen Polizeikräfte entwickelte und bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten. Das ist eine Entwicklung, die kann und möchte ich nicht gut heißen.



Wie konnte es denn so weit kommen?

Die Frage lässt sich nicht so einfach beantworten und auch nicht mit einem Satz beenden. Denn in meinen Augen ist es ein langer, schleicher Prozess, den die Politiker egal welcher Couleur und auch Teile der Gesellschaft mit vorangetragen haben.

Immer wieder wurde auch von den Gewerkschaften, aber gerade von der Deutschen Polizeigewerkschaft, der Standpunkt vertreten: „Hier wurde eine rote Linie überschritten.“ Von der Politik wurde nur erwidert, das müsse ein Uniformträger hinnehmen! Oder es wird über soziale Medien die Bestürzung und Fassungslosigkeit kundgetan. Im Anschluss wird diese besagte rote Linie einfach ein Stück weitergeschoben.

Um bei der oben gestellten Frage anzuknüpfen: Wie konnte es so weit kommen? Naja, es sind in den letzten Jahren einfach Dinge für selbstverständ-

lich genommen worden oder viele Dinge, die klare Gesetzesverstöße sind, bagatellisiert.

Da wäre ein ehemaliger Bundestagspräsident Thierse, der in der Nähe des Reichstagsgebäudes unter Ausnutzung seines Amtes über eine Polizeiabsperrung klettert und sich zu den dortigen Demonstranten stellt, um sich den Aufforderungen des dortigen Polizeiführers zu widersetzen.

Oder ein Mitglied des Bundestages und gleichzeitig Fraktionsvorsitzender der Grünen, Herr Hofreiter, der sich mit den sogenannten „Demonstranten“ im Hambacher Forst solidarisiert, obwohl sie heimtückische Fallen gegen RWE-Mitarbeiter und Polizeikräfte einsetzen und auch vor Bewurf mit Fäkalien nicht zurückschrecken.

Es findet ein G20-Gipfel in der Hansestadt Hamburg statt, welcher in einer bürgerkriegs-

Impressum:

Redaktion:
Dirk-Ulrich Lauer
Tel.: 0173.2663575
dirkulrich.lauer@dpolg-bpolg.de
Geschäftsstelle und Redaktion:
Seelower Str. 7
10439 Berlin

ISSN 0943-9463



ähnlichen Besetzung des Schanzenviertels endet, wo man Spezialkräfte mit schweren Schutzwesten und Bewaffnung anfordert, einsetzt und im Nachgang darüber sinniert wird, ob dies überhaupt nötig gewesen ist und welche rechtlichen Grundlagen die Polizei gehabt habe.

In der Silvesternacht 2015/2016 kommt es auf der Kölner Domplatte und vor dem Hauptbahnhof zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf junge Frauen.

Im Jahr darauf wird mit mehr Einsatzkräften auf die Lage reagiert und von der Politik, hier Grünen-Vorsitzende Peter, wird in Schnellschüssen über die sozialen Medien erst mal Kritik an der Polizei und der Einsatztaktik geübt.

In den Vereinigten Staaten wird George Floyd von einem Polizisten mit dem Knie im Nacken erstickt, obwohl er mehrfach angedeutet hatte, dass er keine Luft mehr bekomme. Ein unfassbares Vorgehen des amerikanischen „Kollegen“, keine Frage. Daraufhin kommt es in der ganzen Welt zu Demonstrationen der Black-Lives-Matter-Bewegung, die Polizeigewalt gegenüber Coloured People anprangern. Und daraufhin stellt sich eine SPD-Vorsitzende, Frau Esken, in einem Interview hin und behauptet: „Auch in Deutschland gibt es latenten Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte.“

Was ist das für eine Aussage? Wie kommt jemand dazu, solch eine Behauptung in die Welt zu setzen?

Und so gibt es noch viele weitere Beispiele dafür, die die Polizei und ihr Handeln konsequent hinterfragen oder sogar aushöhlen. Ich sage nicht, dass man getroffene Maßnahmen hinterfragen oder nicht hinterfragen soll, schließlich steht es jedem Bürger zu, von der Polizei getroffene Maßnahmen von der ordentlichen Gerichtsbarkeit überprüfen zu lassen. Dafür gibt es die Gewaltenteilung, die sich gegenseitig kontrollieren soll. Und das ist auch gut so! Das macht einen funktionierenden Rechtsstaat aus. Aber dieses „mal eben einen Kommentar“ zu Einsätzen der Polizei abzusetzen, damit man der erste Empörte ist, gießt weiter Öl ins Feuer.

Und dieses Feuer entfacht sich in der Respektlosigkeit, der Diskutiererei und der Gewalt gegen

gen Polizistinnen und Polizisten in Deutschland. Jeden Tag, jede Stunde. Und eins wird dabei immer wieder vergessen oder auch konsequent ausgeblendet. Hinter einer Uniform stehen eine (Ehe-)Frau, ein (Ehe-)Mann, eine Lebenspartnerin, ein Lebenspartner, eine Lebensgefährtin, ein Lebensgefährte, eine Mutter, ein Vater, eine Tochter, ein Sohn, einfach nur ein Mensch.

Ein Mensch, der sich dazu entschlossen hat, einen Eid auf die Bundesrepublik und das Grundgesetz, auf die Bundesländer und die darin geltenden Landesverfassungen abzuleisten und dafür einzustehen.

Aber eine Frage bleibt: „Wie weit wird die rote Linie vor den Polizisten verschoben, bis sie endlich überschritten ist?“ ■

Personalratswahlen 2020

Das Team der DPoIG im Bundespolizeihauptpersonalrat

Der Bundespolizei-Hauptpersonalrat (BHPR) hat sich für die neue Amtszeit konstituiert. Am 28. Mai 2020 wurde der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Heiko

Teggatz, in den erweiterten Vorstand des BHPR gewählt. Zum stellvertretenden Gruppensprecher der Arbeitnehmer wurde der Bundestarifbeauftragte Peter Poysel gewählt.

Die Sachbearbeiter in Freistellung sind von der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft:

- > Heiko Teggatz
- > Peter Poysel
- > Manuel Ostermann

- > Christian Notzon
- > Jörg Bassalik

Das Bild zeigt Heiko Teggatz mit der DPoIG-Fraktion im BHPR.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft bedankt sich noch einmal bei den Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen. ■





Personalratswahlen 2020

Die DPoIG im Bezirkspersonalrat des Bundespolizeipräsidiums

Der Bezirkspersonalrat der Bundespolizei (BPR) hat sich für die neue Amtszeit konstituiert. Am 2. Juni 2020 wurde der Bundesvorsitzende der DPoIG

Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, wie bereits in der Woche zuvor im BHPR in den erweiterten Vorstand des BPR gewählt.

Zum stellvertretenden Gruppensprecher der Arbeitnehmer wurde der Bundestarifbeauftragte Peter Poysel gewählt.

Das Bild zeigt Heiko Teggatz mit der DPoIG-Fraktion im BPR.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft bedankt sich noch einmal bei den Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen.

Personalratswahlen 2020

Staffelstabübergabe beim Gesamtpersonalrat der Bundespolizeidirektion Berlin

Im Rahmen der Personalratswahlen 2016 wurden bei der BPOLD Berlin die erste weibliche Gesamtpersonalratsvorsitzende in der Bundespolizei und der erste Vorsitz eines Gesamtpersonalrates durch die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft gewählt. Die sehr gute Arbeit der Vorsitzenden Regina Tews und der übrigen Kandidatinnen und Kandidaten der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft wurde auch bei der Personalratswahl 2020 anerkannt. Der Gesamtpersonalrat in Berlin bleibt unter weiblicher Führung und unter Führung einer DPoIG-Vertreterin.

Zur „Staffelstabübergabe“ ließ es sich der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin/Brandenburg natürlich nicht nehmen Regina Tews für die hervorragende Arbeit in den zurückliegenden Jahren und ihren Einsatz recht herzlich zu danken, und beglückwünschte Anja Ducklauß-Nitschke zu ihrer neuen personalrätlichen Aufgabe.

Gemeinsam mit ihrem Team wird sie sich in bekannter Art und Weise für die Interessen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der BPOLD Berlin engagieren.



> Regina Tews, Axel Bonitz, Anja Ducklauß-Nitschke (von links)



Die Bundespolizei braucht keine Studie, sondern Personal und Befugnisse!

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt die Entscheidung des Bundesinnenministers Horst Seehofer, einer geplanten Studie über möglichen Rassismus in der Polizei, eine klare Absage zu erteilen.

Die in den letzten Tagen und Wochen geführte Diskussion über möglichen Rassismus in der Polizei in Deutschland belastet insbesondere die Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei.

Die Bundespolizei ist eine Polizei mit ganz speziellen Aufgaben und Befugnissen. Verhinderung der unerlaubten Einreise ist eine der Kernaufgaben der Bundespolizei. Bei grenzpolizeilichen Einreisekontrollen überprüft die Bundespolizei die Einreisevoraussetzungen in die Europäische Union und ist somit Garant für die Sicherheit Europas.

Auch die Binnengrenzfahndung ist ein wesentliches Element bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität. „Das sich der Fokus unserer Beamtinnen und Beamten bei solchen Fahndungsmaßnahmen logischerweise gerade nicht auf Personen und Sachen bezieht, die augenscheinlich das Freizügigkeitsrecht genießen oder dem freien Warenverkehr unterliegen, liegt auf der Hand“, so Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft. „Wer diese polizeilichen Erfahrungen unserer Beamtinnen und Beamten als racial profiling versteht, hat von Polizeiarbeit keine Ahnung“, so der Gewerkschaftschef weiter.

Die Fallzahlen bezüglich möglicher Diskriminierung oder Radikalisierung in der Bundespolizei bewegen sich bei einer

Behörde von mehr als 50 000 Beschäftigten im Promillebereich. Von einem „strukturellen Problem“ in der Bundespolizei kann also keine Rede sein. Die in der Bundespolizei eingerichtete Vertrauensstelle hat sich vollends bewährt. Erneute Diskussionen über die Einführung eines Polizeibeauftragten entbehren weiterhin jedweder Grundlage.

Im Jahr 2015 hat die Bundespolizei eine Vertrauensstelle direkt bei der Leitung des Bundespolizeipräsidiums eingerichtet. „Dadurch sichtbar gemachte rassistische oder extremistische Verdachtsfälle werden rigoros bekämpft und führen im Falle einer Bestätigung nicht nur zu Disziplinar- und Strafverfahren, sondern auch zur Entfernung aus dem Dienst“, so der Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Romann, in einem FOCUS-Inter-

view. „Ein struktureller Rassismus würde voraussetzen, dass eine Polizeiorganisation Rassismus mindestens duldet oder gar fördert. Das ist bei uns nicht der Fall“, so Romann weiter.

Mit der klaren, ablehnenden Positionierung von Bundesinnenminister Horst Seehofer zu einer beabsichtigten Studie über möglichen Rassismus in der Polizei stärkt er der Polizei in Deutschland eindrucksvoll den Rücken. Auch die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hält nichts von solchen Studien und steht bedingungslos an der Seite der Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei.

„Die einzigen, die sich durch diverse parteipolitische Maßnahmen mittlerweile diskriminiert fühlen können, sind unsere Polizistinnen und Polizisten!“, so Teggatz weiter.



© DPoIG



#Wir an deiner Seite!

Der örtliche Personalrat der RBW Duderstadt stellt sich vor!



© DPoIG

> Ingrid Winkler, Björn Schäfer (Vorsitzender), Matthias Schmidt (Stellvertreter), Thomas Deppener (Stellvertreter Tarifsprecher), Hermann-Josef Brämer (von links)

Leitung der RBW sowie dem BPOLP, insbesondere der zuständigen Abteilung 6.

Durch unsere Erfahrung, die wir in den zurückliegenden Amtsperioden sammeln konnten, waren wir in der Lage, viele unserer gesteckten Ziele zu erreichen. Wir wirkten mit bei Einstellungen, Umsetzungen, Schlichtungen, Beförderungen und vielen anderen Personalmaßnahmen und individuellen Problemen.

Für die Zukunft setzen wir weiterhin auf eine vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit mit allen beteiligten Gremien und der Dienststelle.

#Wir an deiner Seite, heißt für uns: Zuhören! Vermitteln! Lösungen erarbeiten und umsetzen!

Durch das gute Wahlergebnis bei den Personalratswahlen 2020, werden hier in Duder-

stadt alle ÖPR-Mitglieder durch die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft gestellt.

Der ÖPR Duderstadt versteht sich als Bindeglied zwischen den Beschäftigten und der

Überraschungsbesuch des Landesseniorenbeauftragten NRW zum 80. Geburtstag des langjährigen Mitglieds Ursula Rausch

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, vertreten durch den Landesseniorenbeauftragten NRW, Achim Rarey aus Königswinter, gratulierte Ursula Rausch am 10. Juli 2020 zum 80. Geburtstag. Die Jubilarin feierte in Swisttal-Heimerzheim im Kreise ihrer Familie und Freunde. In geheimer Mission wurde der Ort der Feier ermittelt und ein Überraschungsbesuch kurzfristig geplant. Große Freude bereiteten Ursula ein Blumengruß und ein

guter Tropfen Wein. Bei dieser Gelegenheit konnte der Landesseniorenbeauftragte einige interessante Informationen über die Jubilarin erfahren: Sie wurde am 10. Juli 1940 in Chile geboren und siedelte mit ihren Eltern im Jahre 1961 nach Köln um. Zunächst arbeitete sie als Übersetzerin für Spanisch bei der Firma Stollwerck, bevor sie 1965 nach Swisttal umzog und nach weiteren Stationen 1979 zum FB-Dienst (Polizeihauptfunkstelle) an den Bundespoli-

zeistandort Swisttal wechselte. Dort übernahm sie verschiedene Aufgaben in der Verwaltung und im Vorzimmer des Dienststellenleiters. Seit Juni 1994 ist Ursula begeistertes DPoIG-Mitglied. Im Jahr 2000 erreichte sie den wohlverdienten Ruhestand und geht ihren Hobbys Lesen, klassische Musik und Wandern in der Natur nach und freut sich, auch als Seniorin in die vielfältigen Aktivitäten der DPoIG eingebunden zu sein.



© DPoIG

> Achim Rarey mit Ursula Rausch



Quo vadis – Homeoffice, flexibles Arbeiten, mobiles Arbeiten?

Die Corona-Krise hat es gezeigt, die Bundespolizei hat die technischen und materiellen Möglichkeiten, viele Beschäftigte von zu Hause arbeiten zu lassen. Es wurde aber auch in vielen Bereichen deutlich, dass der Themenkomplex „Homeoffice“ dringend angefasst werden muss.

Gibt es der Arbeitsplatz her, können nicht nur Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte, sondern auch Polizistinnen und Polizisten alternierend von zu Hause arbeiten. Alle haben während der Corona-Lage einen hervorragenden und exzellenten Job neben der Kinderbetreuung und den Kontaktsperren abgeliefert.

Wenn die Bundespolizei weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber sein möchte, müssen die neuen Wege des Arbeits- und

Dienstlebens weiter konsequent ausgebaut werden. Jetzt müssen Erlass- und Verfügungslagen dahingehend geändert werden, dass die Hürden nicht zu hoch angesetzt werden und das Arbeiten von zu Hause Zukunft hat.

Die Dienstvereinbarung (DV) „Flexibles Arbeiten“ sollte nun allen Beschäftigten die Möglichkeit einräumen, die technischen Möglichkeiten in Anspruch nehmen zu können von zu Hause aus zu arbeiten. Die Grenzen waren bisher einfach viel zu eng gefasst.

Die alte DV sah bisher nur eine Beteiligung der Personalvertretung bei positiv beschiedenen Anträgen vor. Das muss selbstverständlich geändert werden und die Personalvertretungen müssen eingebunden werden, insbesondere bei abgelehnten Anträgen auf Telearbeit.

Für den Arbeitgeber Bundespolizei ist das flexible Arbeiten auch eine Möglichkeit, den aktuellen und größer werdenden Raumbedarf in Bezug auf Bürokapazitäten durch Homeoffice zu entschärfen. Mit beiderseitigem Einverständnis können Engpässe mit diesem Instrument aufgefangen werden.

Arbeitsleben und Menschen sind gesellschaftlich im Wandel. Flexibilität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wichtige Kriterien bei der Berufswahl der jungen Menschen, der nächsten Generation.

- > Wir, die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, fordern eine perspektivische Förderung der alternierenden Telearbeit!
- > Mehr Ausstattung mit Token und Laptops.
- > Möglichkeiten des Datenschutzes in technischer Hin-



> Gabriele Gärthöfner, Bundesgleichstellungsbeauftragte

- sicht forcieren und verbessern.
- > Wir plädieren für mehr Akzeptanz in den Köpfen der Mitarbeiter und Vorgesetzten.
- > Chancen und Risiken sind abzuwägen und zu optimieren.

Sitzung des BAG-DPoIG-Bezirkshauptvorstandes

Im Mai fand die Vorstandssitzung des Bezirkes Bundesamt für Güterverkehr (BAG) statt. Die Sitzung in der Akademie des dbb in Königswinter stand im Zeichen der Nachbereitung der Personalratswahlen im Bundesamt für Güterverkehr und der Auswirkungen des Coronavirus auf die BAG-Beschäftigten. Der Vorstand zog ein zufriedenes Fazit der Personalratswahl. Im Gesamtpersonalrat konnte die Stimmenzahl gehalten werden. In mehreren örtlichen Personalräten wurde die Stimmenmehrheit behauptet oder es gelang erstmals, die Mehrheit zu erlangen. „Insgesamt haben die diesjährigen

Personalratswahlen für alle Beteiligten in einer schwierigen Situation stattgefunden. Von daher können wir mit dem Ergebnis gut leben“, resümierten die Vorsitzenden Detlev Junker und Stefan Werle.

Einig war sich der BAG-Bezirkshauptvorstand darin, dass die Vorteile einer Mitgliedschaft in der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft besser herausgestellt werden müssen. „Und dann müssen wir auch für Nichtmitglieder als die Gewerkschaft wahrgenommen werden, die sich für alle BAG-Bediensteten engagiert“, so Junker.





Dienstgruppenleiter sollen künftig nach A 13g(Z) besoldet werden

BMI macht den Weg für eine Amtszulage im gehobenen Dienst frei

Mit Erlass vom 10. Juni 2020 erteilt das BMI dem Bundespolizeipräsidium die Freigabe dafür, in einem ersten Schritt folgende Dienstposten künftig mit einer Bewertung nach A 13g(Z) im ODP der Bundespolizei auszuwerfen:

- > Dienstgruppenleiter und Kommandanten der Bundespolizeiinspektionen
- > Leiter eines Zentralbereiches eines Aus- und Fortbildungszentrums
- > Leiter des Trainingszentrums Kührointhaus

Die Umsetzung soll nach dem Willen des BMI noch im Jahr 2020 erfolgen.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft sieht diesen ersten Schritt als einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings müssen zügig weitere Schritte folgen. „Uns ist es wichtig, dass bei einer solchen Maßnahme keine weiteren herausragenden Dienstposten in der Wertigkeit A 13g auf der Strecke bleiben“, so Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Das Augenmerk der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft liegt hier insbesondere bei den



Hundertschaftsführern, den Leitern der MKÜen, den Leitern Ermittlungsdienst, den Leitern der regionalen Bereichswerkstätten und sonstigen technischen Bereiche sowie zahlreichen Sachbearbeitern in den Stäben der Inspektionen, Direktionen, der Bundespolizeiakademie und des BPOLP.

Mit Spannung erwartet die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft das Ergebnis der eingerichteten Arbeitsgruppe „höherer Dienst“. Diese Arbeitsgruppe befasst sich unter anderem damit, welche Dienstposten A 13g künftig eine Bewertungsebene im höheren Dienst bekommen sollen.

„In jedem Fall ist allen Inhabern solcher Spitzenfunktionen schnellstmöglich eine klare Perspektive aufzuzeigen, denn sonst wirkt der jetzige Schritt willkürlich und ohne konzeptionelle Überlegung“, mahnt der Gewerkschaftschef.

Durch das Personalreferat im BMI wurden für die Bundespolizei für das Haushaltsjahr 2021 bereits knapp 400 Planstellen für die A 13gZ gefordert. Die Zuweisung dieser Planstellen gilt als sicher. Hieraus würden sich circa 2000 zusätzliche Beförderungen für den gehobenen Dienst ergeben.

„Mit der Erweiterung des Flaschenhalses um die Amtszulage nach A 13 bekommen wir endlich wieder Zug in den Kamin und können einem Beförderungsstau in den Ämtern A 10

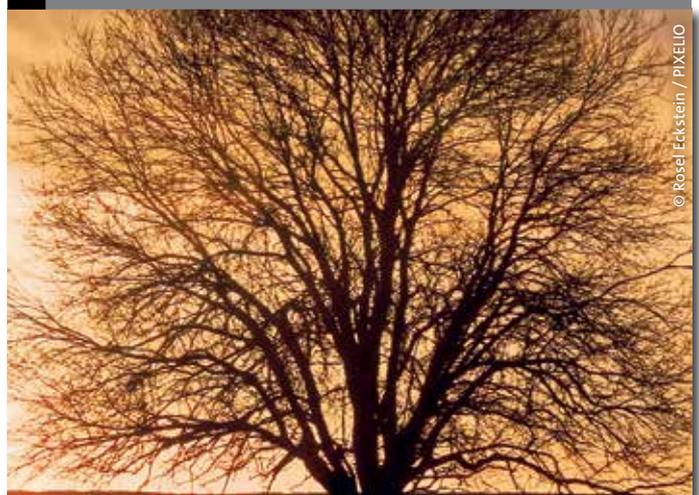


> Heiko Teggatz mit Horst Seehofer

und A 11 entgegenwirken!“, so Teggatz weiter. Die Höhe der Amtszulage A 13g(Z) beträgt

75 Prozent des Unterschiedsbetrages zur nächst höheren Besoldungsgruppe (A 14).

> Gedenktafel



In den letzten Monaten verstarben unsere Mitglieder

Hans-Joachim Bronisch	geb. 03.09.1934	verst. 07.10.2019	Sen. SH/MV
Franz-Bernhard Olmes	geb. 15.06.1954	verst. 01.12.2019	Sen. NRW
Walter Müller	geb. 19.10.1937	verst. 24.02.2020	Sen. NRW
Helge Schuchard	geb. 03.01.1972	verst. 30.04.2020	Sen. NRW
Manfred Henning	geb. 05.07.1929	verst. 11.05.2020	Sen. SN/ST/TH
Adolf Blei	geb. 14.09.1939	verst. 21.05.2020	Sen. BY
Sven-Olaf Haas	geb. 08.06.1959	verst. 14.06.2020	OV KB Köln
Bruno Niemann	geb. 27.06.1957	verst. 30.06.2020	Sen. NI/HH/HB

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.



DPolG im BAG

DPolG-Forderungen umgesetzt: Neue Kontrollfahrzeuge erhöhen Sicherheit der Beschäftigten!



© DPolG Bundespolizeigewerkschaft

> Detlev Junker

Köln (dju). Im Zusammenspiel der BAG-Personalvertretungen mit der Dienststelle wurde die neue Generation Kontrollfahrzeuge entwickelt. Neben der technischen Fortschreibung wurden auch Elemente zum Eigenschutz der Kontrolleurinnen und Kontrolleure übernommen.

„Die Fahrzeuge für beide Kontrolldienste werden nun mit einem Alarmknopf versehen. Damit kann in Notfällen öffentliche Aufmerksamkeit hergestellt werden. Somit ist eine Forderung aus dem DPolG-Eigenschutzkonzept übernom-

men worden“, zeigte sich BAG-Bezirksvorsitzender Detlev Junker zufrieden mit der neuen Fahrzeuggeneration.

Auch die zukünftige Ausstattung der Fahrzeuge mit Feuerlöschern entspricht einer DPolG-Forderung. „Natürlich kann mit einem kleinen Handfeuerlöscher kein Vollbrand gelöscht werden“, sagte Junker, aber zum Löschen eines Entstehungsbrandes sei ein Feuerlöscher eine sinnvolle Ausstattung. „Dies auch deshalb, weil unsere Fahrzeuge als Blaulichtautos in der Öffentlichkeit besonders wahrgenommen werden“, ergänzt

Stefan Werle, Vizevorsitzender im BAG-Bezirk.

Die DPolG-Forderung nach einer Neugestaltung des Büroraums im Fahrzeug wurde nicht weiterverfolgt, da die Dienststelle angeordnet hat, nur noch in Ausnahmefällen Fremden den Zugang zum Büroraum im Fahrzeug zu gestatten.

Darüber hinaus konnte die DPolG im Zusammenspiel der Personalvertretungen auch ihre Ideen zu einer optimierten Dienst- und Schutzausstattung der Kontrolleurinnen und Kontrolleure einbringen. ■

Verabschiedung von Jürgen Zimmermann und Franz-Eike Lange

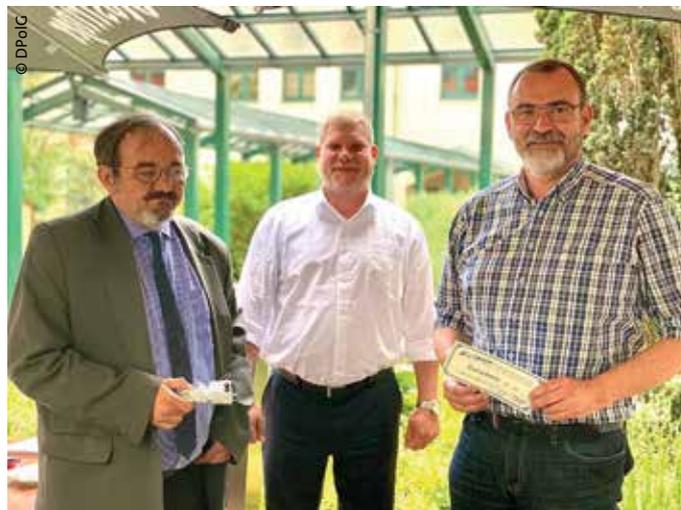
Ende Mai 2020 fand die letzte Sitzung des Bundespolizeihauptpersonalrates (BHPR) in der alten Besetzung statt. Die Personalratswahlen haben neue Kolleginnen und Kollegen der DPolG Bundespolizeigewerkschaft ins Amt gebracht und bisherige Mitstreiter wurden in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Im Rahmen einer Fraktionssitzung der alten und neuen Besetzung des BHPR in Potsdam dankte der Bundesvorsitzende Heiko Tegatz den Kollegen Jürgen Zimmermann und Franz-Eike Lange für ihren Einsatz in der DPolG Bundespolizeigewerkschaft und den Personalräten.

Jürgen Zimmermann, als Experte im Bereich Bundeshaushalt, war in den letzten Jahren

eine verlässliche Größe in Sachen Haushalt der Bundespolizei und stand als kompetenter

Ansprechpartner für die Kolleginnen und Kollegen jederzeit zur Verfügung.



© DPolG

> Jürgen Zimmermann, Heiko Tegatz und Franz-Eike Lange (von links)

Franz-Eike Lange leitete die Geschicke der BHPR-Fraktion und sorgte stets dafür, dass die Fraktion komplett war und in den Themen „steckte“.

Wir danken den beiden Kollegen für ihren Einsatz in all den Jahren und hoffen, auch in deren wohlverdientem Ruhestand ihre Fachkompetenz in Anspruch nehmen zu dürfen.

Danke Franz-Eike!

Danke Jürgen! ■